

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des **Rates** der Stadt Burgdorf am **13. Juli 2006** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf

42. Sitzung der 15. Wahlperiode

5. Sitzung 2006

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.17 Uhr

Anwesend: Ratsvorsitzender

Alker, Rudolf

2. stellv. Bürgermeister
zgl. 2.stellv. Ratsvorsitzender

Schrader, Karl-Ludwig

Ratsherren/ -frauen:

Bäuerle, Peter
Brandt, Oliver (ab TOP 4)
Braun, Hartmut
Brönnemann, Alfred
Bublitz, Werner
Buchholz, Friedrich
Degenhard, Walter
Dralle, Karl-Heinz
Frank, Dieter
Gawronski, Christine
Gawronski, Günther
Gersemann, Christiane (ab TOP 4)
Heldt, Gabriele
Hinz, Gerald
Hunze, Carl
Prof. Dr. Knies, Dietmar (ab TOP 1)
Leppert, Florian
Leunig, Alexander
Leykum, Maria
Meyer, Karl-Heinz
Mierswa, Werner
Morich, Hans-Dieter
Neitzel, Beate
Obst, Wolfgang
Pilgrim, Adolf W.
Rickert, Heidrun
Röttger, Fritz
Rohde, Paul
Rück, Stefanie
Schulz, Kurt-Ulrich
Unverzagt, Hartmut
Weber, Ulrike
Wundram, Walter
Dr. Zielonka, Holger
Zimmermann, Joachim

Entschuldigt:

Brandt, Katrin
Weilert-Penk, Christa

Gäste:

Ehrenratsmitglied Schaper, Arthur

Verwaltung:

Bürgermeister Baxmann
Baurätin z. A. Gottlieb
Stadtamtsrat Hildebrandt
Gleichstellungsbeauftragte Pape
Stadtoberamtsrat Philipps
Stadtamtsrat Rode
Stadtamtsrat Voutta (RPA) (bis Ende
öffentlicher Teil)
Stadtoberinspektor Nowitzke

TAGESORDNUNG

- Öffentlicher Teil -

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates
am 08. Juni 2006
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gem. Geschäftsordnung (siehe Anlage)
5. Gudrun-Pausewang-Grundschule, Brandschutzmaßnahmen
Überplanmäßige Ausgabe
Vorlage-Nr.: 01265/00/06
6. Lokales Bündnis für Familien
- Vorlage-Nr.: 001233/00/06 -
7. Wahl eines Beamten auf Zeit
- Vorlage-Nr.: 01266/00/06
8. Präventionsrat der Stadt Burgdorf;
hier: Berufung eines neuen Mitgliedes der Lenkungsgruppe
Bezugsvorlagen: 00393/00/02, 00537/00/03, 00639/00/03
- Vorlage-Nr.: 01251/00/06 -
9. Gebührensatzung für die Stadtbücherei der Stadt Burgdorf
- Vorlage-Nr.: 01252/00/06 -
10. Straßenbenennung im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 8-7 ‚Südlich
Beerbuschweg‘
Vorlage-Nr.: 01208/01/06
11. Bebauungsplan 8-7 ‚Südlich Beerbuschweg‘, Satzung
- Vorlage-Nr.: 01225/01/06 -
12. Bebauungsplan Nr. 0-79 ‚Alfred-Oehme-Platz‘, Satzungsbeschluss
- Vorlage-Nr.: 01153/05/06 -

13. 37. Flächennutzungsplanänderung (Alfred-Oehme-Platz), Feststellung
- Vorlage-Nr.: 01153//04/06 -
14. 46. Änderung des Flächennutzungsplans (Sportplätze RSE) - Feststellungsbeschluss
- Vorlage-Nr.: 01142/02/06 -
15. Bebauungsplan 2-15 ‚Sportfläche RSE‘ - Satzungsbeschluss
- Vorlage-Nr.: 01143/02/06 -

Einwohnerfragestunde

- Vertraulicher Teil -

1. Beförderung eines Beamten
- Vorlage-Nr. 01263/00/06 -

Ratsvorsitzender Alker begrüßte alle Anwesenden und hier insbesondere den Ehrenratsherrn, Herrn Schaper, die Vertreter der örtlichen Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Danach eröffnete er die **Einwohnerfragestunde**. Da keine Fragen gestellt wurden, schloss er diese wieder.

- Öffentlicher Teil -

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Ratsvorsitzender Alker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Da Frau Gersemann erst zu einem späteren Zeitpunkt eintreffen werde, bat er darum den Tagesordnungspunkt 6) Lokales Bündnis für Familien zu verschieben und in der Tagesordnung mit dem Tagesordnungspunkt 13) zu tauschen.

Mit diesen Änderungen wurde die Tagesordnung vom Rat **einstimmig beschlossen**.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 08. Juni 2006

Herr Zimmermann erkundigte sich, wann das von der Verwaltung zugesagte Organigramm zur Verwaltungsstrukturreform den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis gegeben werden solle und ob die Möglichkeit bestehe, die Sache z.B. im Rahmen der nächsten Ratssitzung zu erläutern.

Stadtamtsrat Philipps teilte mit, dass erst am heutigen Tage die Benehmensherstellung des Personalrates bei der Verwaltung eingegangen sei. Gerne könne man das jetzt vorliegende Organigramm den Ratsmitgliedern zukommen lassen.

Herr Pilgrim machte den Vorschlag, sofern es gewünscht werde, die Verwaltungsstrukturreform zu diskutieren. Dies könne man in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen tun.

Es bestand Einvernehmen, so zu verfahren.

Anschließend wurde die **Niederschrift** über die Sitzung des Rates am 08. Juni 2006 mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung **beschlossen**.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

- K E I N E -

4. Anfragen gem. Geschäftsordnung (siehe Anlage)

Herr Zimmermann verlas seine als Anlage 1 dem Protokoll beigefügte Anfrage vom 20. Juni 2006.

Stadtamtsrat Rode verlas die als Anlage 2 dem Protokoll beigefügte Antwort.

Herr Zimmermann stellte die folgenden Zusatzfragen:

Höre ich durch die Antwort von Seiten der Verwaltung, dass man sich an den genannten Standorten etwas Attraktiveres vorstellen könne? Wenn ja, wer soll dazu die Initiative ergreifen. Soll das von der Verwaltung erfolgen oder wartet man auf die Politik?

Bürgermeister Baxmann beantwortete die Frage wie folgt:

Das Thema Kunst im öffentlichen Raum sollte im Kultur- und Sportausschuss diskutiert werden, insbesondere die Frage, ob man ein Programm dazu aufstellen sollte und wer dies umsetze.

Daran anschließend verlas **Herr Rohde** seine Anfrage vom 27.06.2006, (Anlage 3 zum Protokoll).

Die Antwort von **Stadtamtsrat Hildebrandt** ist als Anlage 4 dem Protokoll beigefügt.

Herr Rohde erklärte abschließend, dass er vor ca. 2 Wochen eine E-Mail an den Bürgermeister geschickt habe, darauf aber keine Antwort erhalten hätte, sonst hätte man sich dies heute ersparen können. In Zukunft würde er darum bitten, alle rechtlichen Stellungnahmen vorzulesen oder dem Protokoll als Anlage beizufügen.

5. Gudrun-Pausewang-Grundschule, Brandschutzmaßnahmen Überplanmäßige Ausgabe Vorlage-Nr.: 01265/00/06

Herr Hunze kritisierte, dass die Verwaltung erst zu einem sehr späten Zeitpunkt erkannt habe, dass hier zusätzliche Brandschutzmaßnahmen erforderlich seien. Dies hätte man vorher wissen müssen. Seine Fraktion werde dieser überplanmäßigen Ausgabe zustimmen, da man in Anbetracht der Sicherheit für die Schulen die zusätzlichen Brandschutzmaßnahmen unbedingt umsetzen müsse. Er habe allerdings die feste Hoffnung, so **Herr Hunze**, dass die neue Bauamtsleiterin derartige Schwachpunkte in der Verwaltung erkennen und abstellen werde.

Herr Unverzagt führte aus, dass im Jahr 2001 ein kostenintensives Gutachten erstellt worden sei und entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt wurden. Bei der Umsetzung im Jahr 2006 habe sich dann herausgestellt, dass die Mittel nicht ausreichend seien. Dies sei - wie von Herrn Hunze bereits ausgeführt - in dieser Form so nicht in Ordnung.

Herr Pilgrim erklärte, dass seine Vorredner ihre Kritik bereits im Finanzausschuss vorgetragen hätten. Dort sei allerdings kein Pressevertreter anwesend gewesen, so dass er davon ausgehe, dass mit dieser Sache Wahlkampf geführt werden solle. Frau Gottlieb habe sich dazu im Fachausschuss geäußert und erklärt, dass derartige nicht mehr vorkommen werde. Insoweit, so **Herr Pilgrim** weiter, müsse er sich schützend vor die Bauamtsleiterin stellen.

Bürgermeister Baxmann stellte zusammenfassend klar, dass man die Angelegenheit bereits in den Ausschüssen behandelt habe. Die von den Fraktionen geäußerte Kritik sei berechtigt. Die Verwaltung werde alles tun, damit so etwas in Zukunft nicht mehr passiere. U.a. werde die neue Abteilung Gebäudebewirtschaftung eingerichtet, die mit anderen Verfahrensweisen arbeiten werde.

Herr Schulz führte aus, dass das Gutachten im Jahr 2001 erstellt worden sei, die Kostenschätzung aus 2002 datiere, so dass Frau Gottlieb dafür überhaupt nicht verantwortlich sei. Den Vorwurf, man betreibe mit dieser Sache Wahlkampf, weise er zurück.

Herr Obst führte aus, dass die SPD stets deutlich gemacht habe, dass man für eine größere Offenlegung sei. Es sei richtig, dass die Bürger wissen wollten, was mit ihren Steuergeldern passiere. Die entsprechenden Diskussionen stellten keinen Wahlkampf dar.

Ratsvorsitzender Alker erkundigte sich, ob die geplanten baulichen Maßnahmen auch ‚schuldauglich‘ seien. Hintergrund seien sicherlich die damaligen Vorkommnisse um den Brand auf dem Flughafen Düsseldorf gewesen.

Bürgermeister Baxmann versicherte, dass man die in der Schule umzusetzenden brandschutztechnischen Maßnahmen auf ihre technische Umsetzbarkeit und Wirksamkeit natürlich genau überprüfen werde. Er bedauerte, dass im vorliegenden Fall das Verfahren der Information der politischen Gremien fehlerhaft abgelaufen sei. Aber selbst wenn man die Politik rechtzeitig informiert hätte, hätte dies nichts an den jetzt aufzuwendenden Mehrkosten geändert.

Herr Rohde teilte mit, dass am kommenden Montag die Projektgruppe Gebäudebewirtschaftung zusammentrete, er aber trotzdem überhaupt nicht wisse, was dort besprochen werde und in welcher Form dieses von allen politischen Fraktionen beschlossene Projekt fortgeführt werden solle. Er stelle sich die Frage, wo die Fachleute denn herkommen sollten. Außerdem habe es bereits interne Kritik aus der Verwaltung gegeben. Das Verfahren zur Information empfinde er als unzureichend.

Bürgermeister Baxmann wies mit Nachdruck darauf hin, dass die Vertreter der einzelnen Fraktionen der Arbeitsgruppe am Montag beiwohnen würden, wodurch eine frühestmögliche Information gewährleistet werde.

Anschließend fasste der Rat mit 35 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen den nachfolgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Burgdorf stimmt gem. § 40 Abs. 1 Ziff. 8 und § 89 Abs. 1 NGO der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 00.21030.956000.2 (Brandschutzmaßnahmen) in Höhe von 57.000,00 € zu.“

13. 37. Flächennutzungsplanänderung (Alfred-Oehme-Platz), Feststellung

Einstimmiger Beschluss:

,Der Rat beschließt,

1. Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren,

- der in der Zeit vom 27.12.2005 bis 11.01.2006 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB,
- der mit Schreiben vom 14.12.2005 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB,
- der in der Zeit vom 18.04.2006 bis 18.05.2006 durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und
- der mit Schreiben vom 12.04.2006 durchgeführten Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB.

Der Rat beschließt, die in der Begründung unter den Gliederungspunkten 6 bis 8 beschriebenen Abwägungsvorgänge.

2. Feststellungsbeschluss:

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung die 37. Änderung des Flächennutzungsplans in der Fassung vom 01.06.2006.

Der Rat beschließt, dem Flächennutzungsplan beizufügen

- die Begründung in der Fassung vom 12.06.2006 und
- die zusammenfassende Erklärung, die in Kapitel 8 der Begründung wiedergegeben ist.'

7. Wahl eines Beamten auf Zeit
- Vorlage-Nr.: 01266/00/06

Einstimmiger Beschluss:

,Wahl eines Beamten auf Zeit nach § 48 Abs. 2 Satz 1 NBG. Die Wahl beinhaltet folgenden Beschluss:

Herr Lutz Philipps wird für eine Amtszeit von 8 Jahren, nämlich für die Zeit vom 01.08.2006 - 31.07.2014, in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen und führt die Bezeichnung Stadtrat.

Gem. § 36 Abs. 3 NBG ist der Stadtoberamtsrat Lutz Philipps mit Ablauf des 31.07.2006 aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit entlassen.'

Stadtoberamtsrat Philipps erklärte, dass er die Wahl annehme. Das einstimmige Votum des Rates stelle eine Anerkennung seiner bisherigen Tätigkeit dar. Es sei zudem ein Vertrauensbeweis womit auch Erwartungen für die künftige Arbeit verbunden seien. Er werde sich bemühen, diese zu erfüllen.

8. Präventionsrat der Stadt Burgdorf;
hier: Berufung eines neuen Mitgliedes der Lenkungsgruppe
Bezugsvorlagen: 00393/00/02, 00537/00/03, 00639/00/03

- Vorlage-Nr.: 01251/00/06 -

Einstimmiger Beschluss:

„Der Rat beschließt, anstelle des ausgeschiedenen Herrn Georg Stümpel wird

**Herr Les Blanchard,
31303 Burgdorf-Weferlingsen,
Obershagener Str. 8,**

in die Lenkungsgruppe des Präventionsrates der Stadt berufen.

Die sich danach ergebende Zusammensetzung des Präventionsrates stellt der Rat - wie in der Anlage 5 zur Niederschrift beigefügt - fest.’

**9. Gebührensatzung für die Stadtbücherei der Stadt Burgdorf
- Vorlage-Nr.: 01252/00/06 -**

Einstimmiger Beschluss:

„Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Stadtbücherei der Stadt Burgdorf in der als Anlage A dem Originalprotokoll beigefügten Fassung.

Die Satzung soll zum 01.08.2006 in Kraft treten.’

**10. Straßenbenennung im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 8-7
„Südlich Beerbuschweg“
Vorlage-Nr.: 01208/01/06**

Ratsvorsitzender Alker erklärte, dass entsprechend den Empfehlungen aus den Vorberatungen die Planstraße C „Margarete-Cohn-Straße“ heißen solle.

Herr Leunig äußerte seine Genugtuung darüber, dass nunmehr auch eine Straße in Burgdorf nach „Elisabeth Hahne“ benannt werde und erinnerte an die Diskussionen um seinen damaligen Antrag zur Umbenennung der Feldstraße.

Anschließend fasste der Rat mit 37 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung den nachfolgenden Beschluss:

„Die Planstraßen des Bebauungsplanes Nr. 8-7 „Südlich Beerbuschweg“ erhalten folgende Namen:

Planstraße A	„Elisabeth-Hahne-Straße“
Planstraße B	„Erika-Stiens-Straße“
Planstraße C	„Margarete-Cohn-Straße“
Planstraße D	„Anna-Feind-Straße“.

**11. Bebauungsplan 8-7 „Südlich Beerbuschweg“, Satzung
- Vorlage-Nr.: 01225/01/06 -**

Einstimmiger Beschluss:

„Der Rat beschließt:

- 1. Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren,**
 - **der in der Zeit vom 07.02. - 21.02.2006 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB,**
 - **der mit Schreiben vom 26.01.2006 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB,**
 - **der in der Zeit vom 09.05. - 09.06.2006 durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB,**
 - **der mit Schreiben vom 05.05.2006 durchgeführten Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB,**

und beschließt die in der Begründung unter den Gliederungspunkten 19.1 bis 19.4 beschriebenen Abwägungsvorgänge.

2. Satzungsbeschluss:

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung, den Bebauungsplan Nr. 8-7 ‚Südlich Beerbuschweg‘ in der Fassung vom 14.06.2006 als Satzung.

Der Rat beschließt dem Bebauungsplan beizufügen

- **die Begründung in der Fassung vom 14.06.2006 und**
- **die zusammenfassende Erklärung, die in Kap. 10 der Begründung wiedergegeben ist.'**

**12. Bebauungsplan Nr. 0-79 ‚Alfred-Oehme-Platz‘, Satzungsbeschluss
- Vorlage-Nr.: 01153/05/06 -**

Einstimmiger Beschluss:

„Der Rat beschließt:

- 1. Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren,**
 - **der in der Zeit vom 27.12.2005 - 11.01.2006 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB,**
 - **der mit Schreiben vom 14.12.2005 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB,**
 - **der in der Zeit vom 18.04.2006 - 18.05.2006 durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und**
 - **der mit Schreiben vom 12.04.2006 durchgeführten Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB.**

Der Rat beschließt, die in der Begründung unter den Gliederungspunkten 8 - 10 beschriebenen Abwägungsvorgänge.

2. Satzungsbeschluss:

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung, den Bebauungsplan Nr. 0-79 ‚Alfred-Oehme-Platz‘ in der Fassung vom 01.06.2006 als Satzung.

Der Rat beschließt, dem Bebauungsplan beizufügen

- **die Begründung in der Fassung vom 12.06.2006 und**
- **die zusammenfassende Erklärung, die in Kap. 10 der Begründung wiedergegeben ist.**

6. Lokales Bündnis für Familien - Vorlage-Nr.: 001233/00/06 -

Frau Gersemann führte aus, dass in den bisherigen Beratungen in den Fachausschüssen Einigkeit darüber bestanden habe, dass Burgdorf sich in punkto Familienfreundlichkeit sehen lassen könne und noch besser werden wolle.

Ziel sei es dabei, die Ansätze der verschiedenen Gruppen miteinander zu koordinieren, Motivation zu stiften, Schwerpunkte zu setzen und durch gemeinsames Handeln die Situation für Familien in Burgdorf zu verbessern. Fragen, die sich dabei stellten, seien: wo, wie lange und wie würden Kinder betreut, welche Arbeitszeitregelungen böten die Arbeitgeber an, welche Angebote auch bezüglich der Ausbildung würden für ältere Kinder geboten, welche Möglichkeiten gibt es bei der Pflege von Angehörigen?

Um alle diese Fragen zu beantworten, müssten sehr viele Interessierte in einem lokalen Bündnis zusammenarbeiten, wodurch auch eine Reihe unkonventioneller Ideen entstehen würden. Die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung, von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, von Betriebsräten, Kirchen, Vereinen und Verbänden bedinge die Übernahme der Federführung durch die Stadt. Dies bedeute nicht nur die Initiierung der Auftaktveranstaltung, sondern Kontinuität beim Aufbau des Bündnisses, seiner Arbeit und der Weiterentwicklung.

Der Vorschlag der Verwaltung, damit die Gleichstellungsbeauftragte zu betrauen, werde unterstützt. Diese Unterstützung müsste nicht nur ideell, sondern auch mit Augenmaß manchmal auch finanzieller Art sein. Wenn man sich vergegenwärtige, wie oft bis zu fünfstelligen Summen als außerplanmäßige Ausgaben zur Verfügung gestellt würden, sollte es doch möglich sein, einen viel geringeren Betrag für die Auftaktveranstaltung bereitzustellen. Bei einem lokalen Bündnis für Familien müssten Verwaltung und Politik mit gutem Beispiel vorangehen. In intensiven Gesprächen mit Elternbeiräten und den Leiterinnen der städt. Kindertagesstätten habe man Qualitätsverbesserungen gegenüber der Einführung eines beitragsfreien Jahres den Vorrang eingeräumt. Der Ausbau der pädagogischen Arbeit käme allen Kindern zugute, darüber hinaus könnten Zusatzangebote geschaffen und Öffnungszeiten flexibler gehandhabt werden. Diese Ziele sollen im Jahr 2007 in Angriff genommen werden.

Herr Obst bezeichnete die Aussagen seiner Vorrednerin als Auflistung positiver Einzelaktionen. Das lokale Bündnis für Familien sei im Übrigen nichts Neues, sondern bereits von der damaligen Ministerin von der Leyen angeregt worden. Die CDU wolle die Familien stärken und mehr unterstützen als bisher, wobei er die Hoffnung habe, dass auch die finanziellen Hilfen vom Bund besser bei den

Kommunen ankommen. Sinn des lokalen Bündnisses für Familien sei eine Bündelung der Kräfte, um Parallelarbeit zu vermeiden. Deshalb werde die CDU-Fraktion dem Vorschlag zustimmen. Mögliche finanzielle Fragen seien nicht Thema der heutigen Entscheidung. Dies müsse im Rahmen der Haushaltsplanberatungen geklärt werden.

Herr Unverzagt machte deutlich, dass Verbesserungen nicht allein vom Geld abhängig sein dürften, sondern vor allem vom Engagement der einzelnen Handelnden. Es sei nicht gut wie in der Vergangenheit, alles über die finanzielle Seite zu verbessern, sondern man sollte alle anderen Möglichkeiten ausschöpfen, insbesondere verstärkt auf ‚Kümmerer‘ zurückgreifen.

Herr Rohde erklärte, dass er nicht gegen ein lokales Bündnis für Familien sei, obwohl er gegen die Vorlage stimmen werde. Man müsse sich fragen, ob man so etwas nicht auch ehrenamtlich hinbekommen könne. Die Gleichstellungsbeauftragte habe erklärt, dass - wenn sie die Federführung bei einem lokalen Bündnis für Familien übernehmen solle - ihre Arbeitszeit auf 39 Wochenstunden erhöht werden müsse. Dies würde Mehrkosten von 18.000,00 € bedeuten. Auch wenn man in der heutigen Sitzung nicht über die finanzielle Seite formell abstimme, sei es aber klar, dass damit die entsprechende Vorentscheidung getroffen werde.

Die Gleichstellungsbeauftragte, **Frau Pape**, wies darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger die Reihenfolge der Vorgehensweise geändert habe.

Ratsvorsitzender Alker erläuterte, dass zunächst auf Seite 2 der Vorlage unter ‚Allgemeines‘ es richtig heißen müsse: ‚In der Ratssitzung am 15.12.05‘ und verlas die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses.

Frau Gersemann betonte, dass Frau Pape - wie bereits von Herrn Rohde ausgeführt - eine Erhöhung ihrer Arbeitsstunden beantragt habe. Diese Angelegenheit werde im Rahmen der nächsten Haushaltsplanberatungen behandelt.

Anschließend fasste der Rat mit 37 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme den nachfolgenden Beschluss:

- 1) Der Rat beschließt, der Gleichstellungsbeauftragten die Federführung zur Gründung eines lokalen Bündnisses für Familien zu übertragen.**
- 2) Es bleibt der Verwaltung unbenommen, die in der Sitzungsvorlage benannten Schritte zu einer noch familienfreundlicheren Verwaltung umzusetzen.**
- 3) Die Reihenfolge der vier Schritte zur Gründung des lokalen Bündnisses für Familie wird wie folgt gefasst:**
 - 1) Gründung:
Auftaktveranstaltung.**
 - 2) Aufbau:
Arbeitsgrundlagen schaffen, Rahmenbedingungen klären, Zielvereinbarung.**
 - 3) Arbeit und Aktion:
Erörterung der von der Verwaltung vorgelegten Bestandsaufnahme aller familienfreundlichen Angebote, evtl. Feststellen von Defiziten, Initiieren und Umsetzen von Maßnahmen, Ergebnispräsentation.**

- 4) Weiterentwicklung:
Überprüfung auf Wirksamkeit.'

14. 46. Änderung des Flächennutzungsplans (Sportplätze RSE) -
Feststellungsbeschluss
- Vorlage-Nr.: 01142/02/06 -

Einstimmiger Beschluss:

„Der Rat beschließt:

1. Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen der
Beteiligungsverfahren:
 - der in der Zeit vom 25.10. - 08.11.2005 durchgeführten frühzeitigen
Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB,
 - der mit Schreiben vom 26.10.2005 durchgeführten frühzeitigen
Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB,
 - der in der Zeit vom 28.03. - 28.04.2006 durchgeführten öffentlichen
Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und
 - der mit Schreiben vom 21.03.2006 durchgeführten Beteiligung der
Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB.

Der Rat beschließt, die in der Begründung unter den
Gliederungspunkten 7 und 9 beschriebenen Abwägungsvorgänge.

2. Feststellungsbeschluss:

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der
Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung die 46.
Änderung des Flächennutzungsplans.

Der Rat beschließt, dem Bebauungsplan beizufügen

- die Begründung in der Fassung vom 17.05.2006 und
- die zusammenfassende Erklärung, die in Kap. 8 der Begründung
wiedergegeben ist.'

15. Bebauungsplan 2-15 ‚Sportfläche RSE‘ - Satzungsbeschluss
- Vorlage-Nr.: 01143/02/06 -

Einstimmiger Beschluss:

„Der Rat beschließt:

1. Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen der
Beteiligungsverfahren,
 - der in der Zeit vom 25.10. - 08.11.2005 durchgeführten frühzeitigen
Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB,
 - der mit Schreiben vom 26.10.2005 durchgeführten frühzeitigen
Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB,

- der in der Zeit vom 28.03. - 28.04.2006 durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und
- der mit Schreiben vom 21.03.2006 durchgeführten Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB.

Der Rat beschließt die in der Begründung unter den Gliederungspunkten 9 - 11 beschriebenen Abwägungsvorgänge.

2. Satzungsbeschluss:

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung, den Bebauungsplan Nr. 2-15 ‚Sportplätze RSE‘ als Satzung.

Der Rat beschließt, dem Bebauungsplan beizufügen

- die Begründung in der Fassung vom 17.05.2006 und
- die zusammenfassende Erklärung, die in Kap. 10 der Begründung wiedergegeben ist.'

Nach Beendigung der Tagesordnung im ‚Öffentlichen Teil‘ eröffnete **Ratsvorsitzender Alker** erneut die **Einwohnerfragestunde**. Da keine Fragen gestellt wurden, schloss er diese wieder.

Ende des ‚Öffentlichen Teils‘: 20.15 Uhr
Beginn des ‚Vertraulichen Teils‘: 20.16 Uhr

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Stadtoberinspektor